Eitorf, den 02.03.2011

Amt 60.1 - Bauverwaltung, Planung, Umwelt, Liegenschaften

Sachbearbeiter/-in: Jörg Meo

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Bau und Verkehr

24.03.2011

Tagesordnungspunkt:

Umbau und Erweiterung des denkmalgeschützten Alten- und Pflegeheims "Schloss Merten"
Hier: Denkmalrechtliche Stellungnahme zur Bauvoranfrage

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt:

Die Gemeinde Eitorf als Untere Denkmalbehörde erteilt im Rahmen des durch die Bauvoranfrage (Rhein-Sieg-Kreis, Az.: 63.1/00427/2006/VA-2) nach § 71 BauO NRW bestimmten Prüfumfanga bezüglich denkmalschutzrechtlicher Belange ihr Einvernehmen zu dem Vorhaben.

Zur konkreten Gestaltung und Ausführung des Vorhabens (z.B. Dachformen, Fassadengestaltung, Grundrisse usw.) bleibt die denkmalrechtliche Erlaubnis nach § 9 DSchG NRW vorbehalten, die im Rahmen eines späteren Baugenehmigungsverfahrens eingeholt werden kann.

Begründung:

Es wird verwiesen auf die Vorlage XIII/0342/V (inkl. Anlagen) aus der Sitzung vom 03.02.2011. Danach ist der Ausschuss für die denkmalrechtliche Erlaubnis in Fällen grundsätzlicher Bedeutung zuständig.

Am 17.02.2011 fand eine Ortsbesichtigung mit der Gebietsreferentin des Landschaftsverbands Rheinland (LVR), Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Frau Dr. Gundula Lang, zur Abstimmung des Beherrschungsverfahrens nach § 21 Abs. 4 DSchG NRW statt. Hinsichtlich verschiedener architektonischer Details des Vorhabens wurden aus denkmalpflegerischer Sicht Änderungen vorgeschlagen. Tenor der Änderungsvorschläge war, dass der geplante Neubau sowie Anbauten schlicht und zurücknehmend gestaltet und ausgeführt werden sollen. Sowohl Eigentümer wie auch Architekt waren nicht mit allen Änderungsvorschlägen einverstanden. Hier wird ggf. noch nach Kompromissen gesucht.

Mit dem Denkmaleigentümer und dem von ihm beauftragten Architekten wurde abgestimmt, dass zunächst nur eine Entscheidung im Rahmen eines Bauvorbescheides gewünscht wird. Im Rahmen des Bauvorbescheides wird von der Baugenehmigungsbehörde lediglich über die grundsätzliche Bebaubarkeit entschieden.

Einen „Vorbescheid“ gibt es im Denkmalrecht nicht. Gleichwohl ist die Baugenehmigungsbehörde auch im Rahmen des Bauvorbescheides verpflichtet zu prüfen, ob dem beantragten Vorhaben öffentlich rechtliche Vorschriften des DSchG NRW entgegen stehen. Fr. Dr. Lang hatte in diesem Sinne aus denkmalpflegerischer Sicht keine Bedenken. Details zur Gestaltung und Ausführung des Vorhabens (z.B. Dachformen, Fassadengestaltung, Grundrisse usw.) blieben insoweit einer denkmalrechtlichen Erlaubnis vorbehalten, die im Rahmen eines späteren Baugenehmigungsverfahrens eingeholt werden kann.

Hinweis

Für die Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB wird eine Vorlage für den APUE erstellt.